

## **Pressemitteilung vom 29.03.2019**

### **FRIDAYS FOR FUTURE - AfD sehen in Werbung zur Teilnahme an Freitagsschüler-Demonstration zur Klimarettung (FFF) als eindeutigen Aufruf zum Rechtsbruch**

#### **Christin Thüne: „Schüler sollen in ihrer Freizeit und nicht während der Schulzeit demonstrieren!“**

Die AfD kritisiert die derzeitige Werbekampagne zur Teilnahme an den bundesweiten freitäglichen Schülerprotesten zur Rettung des Weltklimas, die nunmehr auch in Offenbach stattfinden, und die unter anderem vom örtlichen Kinder- und Jugendparlament unterstützt wird.

„Auch wenn auf den Plakaten im Kleingedruckten explizit darauf verwiesen wird, jeder Schüler nehme auf eigene Verantwortung an der Demo teil und keinerlei Haftung für die Folgen übernommen werde, handelt es sich dennoch um eine klare Aufforderung zum Rechtsbruch. Immerhin existiert in Deutschland die allgemeine Schulpflicht“, so die Sprecherin der AfD, Christin Thüne.

Vor diesem Hintergrund sei es höchst bedenklich, wenn Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Steinmeier die meist minderjährigen Schüler auch noch zum Schule schwänzen ermutigten und die Teilnahme an den Demonstrationen öffentlichkeitswirksam beklatschten. Auch die mit dem dezenten Hinweis versehene Aufforderung „die Vorlage einer schriftlichen Entschuldigung“ reiche zur Teilnahme der Schüler an den Demos aus, durch Schulleitungen und Lehrkräfte mache mehr als nachdenklich, so Thüne.

Thüne weiter: „Fänden die Schüler-Demonstrationen außerhalb der Schulzeiten statt, würde so gut wie niemand davon Notiz nehmen. Auch die Zahl der Beteiligten wäre deutlich geringer, da viele der Schüler die Gelegenheit einfach nutzten um dem Unterricht fern bleiben zu können.“